

DRINGLICHE ANFRAGE

§ 61 Abs. 3 GO-BR

der Bundesräte Andreas Arthur Spanring
und weiterer Bundesräte

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Krise im Justizressort – wo bleiben die notwendigen Reformen, Frau Justizministerin?

In der kommenden Woche wird die österreichische Justiz ihren Betrieb ein Mindestmaß beschränken. Vom 12. bis 16. Oktober sollen lediglich unaufschiebbare Maßnahmen gesetzt werden – es werden keine Verhandlungen durchgeführt, keine Entscheidungen ausgefertigt und keine Amtstagstermine vergeben. Anlass dafür ist ein Protest gegen die seit Jahren unzureichende personelle und sachliche Ausstattung der Justiz. Unter dem Titel: „Rechtsstaat in Gefahr“ beschreibt die Kronen Zeitung das Problem wie folgt:

„Vertreter der Justiz machen seit Längerem auf die Missstände aufmerksam, seit einigen Monaten sind die Rufe kaum noch zu überhören. „Das System funktioniert nur, weil Kollegen und Kolleginnen in ihrer Freizeit arbeiten und sich die Justiz darauf verlässt“, kritisiert Thomas Korntheuer, Vizepräsident der Vereinigung der österreichischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Interview. Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) bezeichnete es hinsichtlich der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen als Erfolg, dass keine Planstellen eingespart wurden. „Wir wissen alle, dass wir unseren Beitrag leisten müssen bei einer angespannten budgetären Lage, aber wenn ich die Justiz kaputtspare, schädige ich den Rechtsstaat und den Wirtschaftsstandort und habe die Gefahr, dass ich die Sicherheit gefährde“, sagte Korntheuer.“¹

Darüber hinaus stehen auch die österreichischen Justizanstalten unmittelbar vor dem Kollaps. Innerhalb von nur zwei Wochen kam es im September 2026 zu zwei tödlichen Gewaltvorfällen zwischen Häftlingen (Klagenfurt und Garsten). Diese Ereignisse sind Symptome eines chronisch überlasteten Systems, das durch eine durchschnittliche Belegung von 109 %, massiven Personalmangel und unzureichende psychiatrische Betreuung gekennzeichnet ist. Während die Zahl der Untergebrachten im Maßnahmenvollzug in den letzten 25 Jahren massiv gestiegen ist, blieben die Ressourcen für Überwachung und Therapie weit hinter dieser Entwicklung zurück. Hinter den Mauern unserer Justizanstalten findet derzeit kein moderner Vollzug statt, sondern ein systemisches Ausblenden der staatlichen Fürsorgepflicht.

Justizministerin Anna Sporrer verwaltet seit ihrem Amtsantritt am 3. März 2025 eine Vielzahl schwerwiegender Missstände im österreichischen Justizsystem, die allesamt schon lange bekannt sind, ohne eine Verbesserung erwirkt zu haben:

- überfüllte Justizanstalten
- Personalmangel bei der Justizwache
- massive Probleme im Umgang mit psychisch beeinträchtigten Insassen

¹

<https://www.krone.at/4311270> (eingesehen: 02.10.2026)

- ausblenden der Kritik von Volksanwaltschaft, Generalprokuratur sowie von Richter- und Staatsanwältevertretungen
- zunehmender Vertrauensverlust der Bevölkerung.

Statt einer dringend notwendigen und konsequenten Reformpolitik wird eine unzulängliche Politik der Problemverschleppung betrieben:

- Kommissionen werden eingesetzt
- bekannte Empfehlungen werden neuerlich gesammelt
- strukturelle Probleme bleiben ungelöst
- politische Energie wird ideologisch geprägte Nebenschauplätze gelenkt.

Diese Nachlässigkeit der Ressortführung wirkt tief in die gesamte Justizstruktur hinein. Angesichts dessen darf es nicht verwundern, dass immer mehr Stimmen kritisieren, dass die vorgeblichen Maßnahmen von Bundesministerin Sporrer die Probleme nicht lösen, sondern verschleppen, budgetär einzementieren und letztlich prolongieren.² Sei es die massive Überbelegung der Justizanstalten oder die explodierenden Kosten für die medizinische Versorgung im Vollzugsbereich – es scheint, als vergehe kein Tag ohne alarmierende Medienberichte über die schwerwiegenden Missstände im Justizbereich. Doch diese abstrakten Probleme werden konkret und unmittelbar tragisch, wie die nachstehenden Beispiele belegen:

I. Klagenfurt – Garsten: „Ich weiß nicht, was noch passieren muss, damit sich endlich die Zustände ändern.“

In der Justizanstalt Klagenfurt tötete ein 17-Jähriger einen 19-jährigen Mithäftling.³ Nur zwei Wochen später, im Forensisch-Therapeutischen Zentrum (FTZ) Garsten, ging ein 63-jähriger Doppelmörder mit einem Messer auf einen 40-jährigen Sexualstraftäter los und verletzte ihn tödlich. Diese Eskalationen zwischen Häftlingen werden ergänzt durch strukturelle Probleme selbst. Ende 2025 starb ein psychisch kranker Insasse in der Justizanstalt Hirtenberg infolge einer notwendigen Intervention, bei der Zwangsgewalt angewendet wurde, von Justizwachebeamten. Wenn dazu die Suizidrate hinter Gittern bereits im September das Niveau des gesamten Kalenderjahres 2025 erreicht, ist das kein Zufall mehr, sondern ein strukturelles Versagen mit Ansage. Volksanwältin Gabriela Schwarz äußert sich angesichts dieser Dichte entsetzt: „Ich weiß nicht, was noch passieren muss, damit sich endlich die Zustände ändern.“⁴

II. Causa Hirtenberg: ein „absolut vermeidbarer“ Todesfall

Einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde dieses Systemversagen im Zusammenhang mit dem Tod eines psychisch beeinträchtigten Häftlings in der Justizanstalt Hirtenberg. Die angesichts dessen von der Bundesministerin selbst eingesetzte Expertenkommis-

² <https://www.krone.at/4178632> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/politik/inland/staats-anwaelte-praesidentin-elena-haslinger-justiz-budget/403167192> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/politik/inland/justiz-protestwoche-fehlende-personalaufstockung-anna-sporrer/40317121> (eingesehen: 08.07.2026); <https://richtervereinigung.at/aktionswoche-100-erreicht-was-jetzt/> (eingesehen: 08.07.2026).

³ <https://www.diepresse.com/41224401/17-jaehriger-gesteht-mord-an-19-jaehrigem-in-justizanstalt-klagenfurt> (eingesehen: 16.09.2026)

⁴ <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/nach-dem-tod-eines-weiteren-haeftlings-volksanwaeltin-ich-weiss-nicht-was-noch-passieren-muss-art-673131> (eingesehen: 16.09.2026)

sion kam zu einem vernichtenden Befund: Der Vorfall wäre „absolut vermeidbar gewesen“. Festgestellt wurden massive strukturelle Defizite bei Kommunikation, Abläufen, Ausbildung und Personalausstattung.⁵

Vor diesem Hintergrund wiegt besonders schwer, dass die Volksanwaltschaft bereits seit Jahren auf genau diese Problemlagen hingewiesen hat. Es hätte „nicht soweit kommen müssen“, wurde seitens der Volksanwaltschaft betont.⁶ Hinzu kam ein offenkundiges Kommunikationsdesaster. So räumte die Ministerin in der Sendung ZIB2 ein, die Mutter des verstorbenen Häftlings nicht persönlich kontaktiert zu haben, was selbst den das Interview führenden ORF-Moderator sichtlich irritierte.⁷ Dieses Verhalten steht beispielhaft für einen Führungsstil, der politisches Verantwortungsbewusstsein, Transparenz und Menschlichkeit vermissen lässt.

Gerade deshalb ist die Causa Hirtenberg politisch so gravierend, jedoch steht sie keineswegs isoliert. Die Justizwachegewerkschaft, die Volksanwaltschaft und externe Beobachter warnen seit längerem vor einem System am Anschlag: überfüllte Anstalten, fehlendes Personal, unzureichende psychiatrische Betreuung und Bedienstete, die unter Bedingungen arbeiten müssen, die ihnen selbst kaum noch ein professionelles und sicheres Arbeiten ermöglichen. Die Volksanwaltschaft hält ausdrücklich fest, dass die Mitarbeiter der Gefängnisse „nicht mehr können“. ⁸

III. Überbelegung und Betreuungsdefizite im Maßnahmenvollzug

In der Justizanstalt Wien-Josefstadt, dem größten Haus des Landes, wird der Wahnsinn greifbar: Während die Kapazität auf 800 Insassen ausgelegt ist, werden dort faktisch 1.200 Menschen verwaltet.⁹ Die Unterbringung erfolgt teils unter „*unfassbar schwierigen Bedingungen*“ während laufender Umbauarbeiten.¹⁰ Der Jugendvollzug Münnichplatz wurde zu früh in einem unfertigen Zustand bezogen. Die geplante Kapazität wurde sukzessive von 72 auf 90 Plätze erhöht, was zur Aufstellung von Stockbetten und einer Verschlechterung der Bedingungen führte.¹¹ Doch die statistische Überlastung des Systems ist kein Naturereignis, sondern das Resultat jahrelanger politischer Fehlentscheidungen und Untätigkeit.

Der Personalnotstand im Strafvollzug grenzt an kalkulierte Vernachlässigung. In der Josefstadt sind von 78 budgetierten Psychiatrie-Stunden lediglich 18 besetzt – eine Quote, die eine therapeutische Betreuung zur Farce verkommen lässt. Das Personal

⁵ <https://www.heute.at/s/absolut-vermeidbar-experten-rechnen-mit-justiz-ab-120219092> (eingesehen: 08.07.2026).

⁶ <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-volksanwaltschaft-warnte-jahrelang-120158959> (eingesehen: 08.07.2026).

⁷ <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-ministerin-ueberrascht-bei-orf-auftritt-120159911> (eingesehen: 08.07.2026).

⁸ <https://salzburg.orf.at/stories/3358565/> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/justizwache-gefaengnis-haftanstalt/403167544> (eingesehen: 08.07.2026); <https://volksanwaltschaft.gv.at/leichte-sprache/aktuelles/artikel/die-mitarbeiter-und-mitarbeiterinnen-von-den-gefaengnissen-koennen-nicht-mehr/> (eingesehen: 08.07.2026).

⁹ <https://www.heute.at/s/kollaps-droht-1200-haeftlinge-bei-zu-wenig-personal-120247587> (eingesehen: 16.09.2026)

¹⁰ <https://kurier.at/chronik/wien/justizanstalt-josefstadt-200-bedienstete-ueberbelegung-wien/403188177> (eingesehen: 16.09.2026)

¹¹ <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/nach-dem-tod-eines-weiteren-haeftlings-volksanwaeltin-ich-weiss-nicht-was-noch-passieren-muss-art-673131> (eingesehen: 16.09.2026)

arbeitet zudem weit über dem Limit. Zeit für präventive Gespräche, die laut Volksanwaltschaft oft Suizide verhindern könnten (besonders in der kritischen Phase 8 bis 12 Wochen nach Haftantritt), fehlt völlig.¹²

In den Forensisch-Therapeutische Zentren (FTZ) sind derzeit rund 1.600 Personen untergebracht. Die Zahl der Unterbrachten hat sich in den letzten 25 Jahren mehr als verdreifacht, ohne dass der Personalstand für Überwachung und Betreuung adäquat mitgewachsen ist.¹³

„Während 2001 noch 557 Unterbrachte nach § 21 StGB gezählt wurden, registrierte das Justizministerium heuer mit Stichtag 1. September 1.688 Insassen im Maßnahmenvollzug. Davon waren 947 zurechnungsunfähig. „Das ist mehr als eine Verdreifachung“, sagte Gratz über den Gesamttrend.

„Das führt dazu, dass auf diese Weise halt Personen, die als psychisch erheblich gestört und gefährlich eingestuft sind, bei bestem Wissen und Engagement des Personals nicht so intensiv betreut werden können, wie das eigentlich sinnvoll und angebracht wäre“, erklärte der Experte. „Es ist aufgrund der begrenzten Ressourcen zu einer suboptimalen Betreuung und Behandlung gekommen.“

In den vergangenen Jahren seien aufgrund des Anstiegs der Zahlen im Maßnahmenvollzug zwei Justizanstalten in Forensisch-Therapeutische Zentren umgewandelt worden. Bei einer dritten Anstalt wird das derzeit vorbereitet. Diese Entwicklung könne jedoch nicht den Personalmangel ausgleichen, kritisierte er. Auch sei der Löwenanteil beim Anstieg der Unterbrachten auf „Nicht-Hands-on-Delikte“ wie gefährliche Drohung zurückzuführen.“¹⁴

Eine Expertenkommission hat 48 Empfehlungen zur Suizidprävention erarbeitet, von denen bisher fast keine umgesetzt wurde. Ein zentraler Punkt ist das initiale Screening und die engmaschige Überwachung nach etwa acht bis zwölf Wochen Haft – dem Zeitpunkt, an dem die psychische Belastung durch die Realisierung der Haftsituation ihren Zenit erreicht.

IV. Placebopolitik: neue Kommissionen statt dem Lösen alter Probleme

Auffällig ist, dass unter Bundesministerin Sporrer längst bekannte Problemlagen nicht rasch und konsequent abgearbeitet werden, sondern zunächst neuerlich untersucht, evaluiert oder in Arbeitsgruppen ausgelagert werden. Bereits bei ihrem ORF-Auftritt zum Fall Hirtenberg kündigte sie eine breite Untersuchung des Systems an, obwohl

¹² <https://kurier.at/chronik/oesterreich/massnahmenvollzug-realitaet-weit-entfernt-von-gaengigem-standard/403190936> (eingesehen: 16.09.2026)

¹³ <https://kurier.at/chronik/oesterreich/massnahmenvollzug-realitaet-weit-entfernt-von-gaengigem-standard/403190936> (eingesehen: 16.09.2026)

¹⁴ <https://kurier.at/chronik/oesterreich/massnahmenvollzug-realitaet-weit-entfernt-von-gaengigem-standard/403190936> (eingesehen: 16.09.2026)

gerade die Volksanwaltschaft und andere Stellen seit Jahren einschlägige Missstände dokumentieren.¹⁵

Das Ergebnis ist ein politisch bekanntes Problemlösungs-Vermeidungsmuster: Es werden Kommissionen eingesetzt, Berichte angekündigt und Reformen in Aussicht gestellt. Die operativen Probleme im Vollzug bleiben jedoch bestehen. Selbst nach Vorliegen des Abschlussberichts sprach die Ministerin weiterhin lediglich von Konzepten, Monitoring und künftigen Maßnahmen.¹⁶

V. Die Justizwache wird im Regen stehen gelassen

Die Situation der Justizwache ist längst nicht mehr bloß angespannt, sondern in weiten Teilen des Strafvollzugs prekär. Laut einem Expertenbericht liegt Österreich bei der Personalausstattung im europäischen Vergleich deutlich zurück. Während im EU-Durchschnitt 1,6 Häftlinge auf einen Justizwachebeamten kommen, sind es in Österreich 2,3 Häftlinge.¹⁷ Gleichzeitig sind die Justizanstalten überbelegt und die Belastung der Bediensteten steigt.

So verbüßen laut aktuellen Berichten derzeit 10.096 Personen eine Haftstrafe, obwohl nur 8.442 Haftplätze zur Verfügung stehen. Die Auslastung – bei 9.124 tatsächlich in Justizanstalten befindlichen Personen – liegt bei rund 108 Prozent. Gleichzeitig berichten Justizwachevertreter von massiven Personalengpässen, Dauerüberstunden und Dienstplänen, die ein geordnetes Privat- und Familienleben kaum mehr zulassen. Aus Niederösterreich wird sogar geschildert, dass Bedienstete teilweise „drei Wochen am Stück täglich im Dienst“ stehen. In mehreren Anstalten wurde der Betrieb aus Protest bereits auf ein Minimum reduziert.¹⁸

Hinzu kommt ein massiver Überstundenstau und eine hohe Zahl unbesetzter Stellen. Berichte sprechen von mehr als 380 offenen Stellen im Strafvollzug sowie von monatlich zumindest rund 1.000 Überstunden. Damit wird der Ausnahmezustand zum Dauerbetrieb.¹⁹ Gerade in einem derart überlasteten System wäre es Aufgabe der Bundesministerin, die eigenen Bediensteten politisch zu stärken, die Ausbildung zu verbessern, den Personalmangel systematisch zu beheben und die Einsatzpraxis auf eine solide organisatorische Grundlage zu stellen.

Stattdessen entstand im Umfeld des Falles Hirtenberg einmal mehr der Eindruck, dass das Ressort vor allem auf Suspendierungen, Distanzierungen und Krisenkommunikation setzt, ohne die zugrundeliegenden Ursachen — Überbelag, Personalmangel, fehlende psychiatrische Infrastruktur, unzureichende Schulungen — endlich konsequent

¹⁵ <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-ministerin-ueberrascht-bei-orf-auftritt-120159911> (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-volksanwaltschaft-warnte-jahrelang-120158959> (eingesehen: 08.07.2026).

¹⁶ <https://www.heute.at/s/absolut-vermeidbar-experten-rechnen-mit-justiz-ab-120219092> (eingesehen: 08.07.2026).

¹⁷ <https://www.heute.at/s/absolut-vermeidbar-experten-rechnen-mit-justiz-ab-120219092> (eingesehen: 08.07.2026).

¹⁸ <https://salzburg.orf.at/stories/3358565/> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/chronik/nieder-oesterreich/justizwache-gefaengnis-haftanstalt/403167544> (eingesehen: 08.07.2026); https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260702_OTS0169/sporner-geschaetzter-aufwand-fuer-vorgeschlagene-bundesstaatsanwaltschaft-bei-9-mio-jaehrlich (eingesehen: 08.07.2026).

¹⁹ <https://www.krone.at/4145537> (eingesehen: 08.07.2026).

abzustellen.²⁰ Damit werden die Justizwachebeamten, die seit Jahren unter massivem Druck arbeiten, letztlich zum politischen Opfer des Führungsversagens der Bundesministerin für Justiz gemacht.

VI. Personalmangel bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die strukturelle Unterausstattung betrifft nicht nur den Strafvollzug, sondern den gesamten rechtsstaatlichen Kernbereich. Die Präsidenten der vier Oberlandesgerichte warnten öffentlich, dass Richter bei Bezirks- und Landesgerichten bereits mit rund 120 Prozent ausgelastet sind. Gleichzeitig fehlen nach Angaben der Standesvertretungen bei den Richtern 225 Planstellen und bei den Staatsanwälten weitere 60 bis 70 Planstellen. Trotzdem sieht das Doppelbudget 2027/2028 keine zusätzlichen richterlichen oder staatsanwaltlichen Planstellen vor.²¹

Die Folge ist ein offener Protest der Justiz selbst. Richter, Staatsanwälte und ihre Vertretungen kündigten für Oktober 2026 eine „Aktionswoche für den Rechtsstaat“ an, in der – abgesehen von unaufschiebbaren Angelegenheiten – keine Verhandlungen durchgeführt, keine Entscheidungen ausgefertigt und keine Amtstage abgehalten werden sollen. Schon dieser Schritt zeigt, wie tief das Vertrauen in die Reformfähigkeit des Ressorts erschüttert ist.²²

Bundesministerin Sporrer verweist demgegenüber auf KI, Verfahrensmanager und Effizienzmaßnahmen – getreu dem „Prinzip Hoffnung“. Genau diese Antworten werden von den Betroffenen jedoch als unzureichend empfunden. Statt eine personelle Unterversorgung in dieser Größenordnung mit Technikankündigungen kaschieren zu wollen und Verdrängungspolitik zu betreiben, wäre es angezeigt im Sinne echter Reformpolitik konkrete Maßnahmen zu ergreifen.²³

VII. Keine Antworten auf die Überfüllung der Gefängnisse

Der Belag in den Justizanstalten liegt laut Medienberichten derzeit bei rund 108 Prozent.²⁴ Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass 52 Prozent der Insassen in Justizanstalten und forensisch-therapeutischen Zentren keine österreichischen Staatsbürger sind.²⁵ Gerade daraus ergibt sich der zwingende Handlungsauftrag das Konzept „Haft in der Heimat“ zu forcieren und ausländische Straftäter konsequent außer Landes zu bringen.

²⁰ <https://www.heute.at/s/absolut-vermeidbar-experten-rechnen-mit-justiz-ab-120219092> (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-ministerin-ueberrascht-bei-orf-auftritt-120159911> (eingesehen: 08.07.2026).

²¹ <https://www.krone.at/4178632> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/politik/inland/staats-anwaelte-praesidentin-elena-haslinger-justiz-budget/403167192> (eingesehen: 08.07.2026).

²² <https://kurier.at/politik/inland/justiz-protestwoche-fehlende-personalaufstockung-anna-sporrer/403171212> (eingesehen: 08.07.2026); <https://richtervereinigung.at/aktionswoche-100-erreicht-was-jetzt/> (eingesehen: 28.09.2026).

²³ <https://www.krone.at/4178632> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/politik/inland/staats-anwaelte-praesidentin-elena-haslinger-justiz-budget/403167192> (eingesehen: 08.07.2026).

²⁴ <https://www.heute.at/s/volle-gefaengnisse-das-hat-ministerin-nun-wirklich-vor-120214427> (eingesehen: 08.07.2026).

²⁵ <https://www.heute.at/s/gegen-ihren-willen-abschiebung-direkt-aus-haft-kommt-120213492> (eingesehen: 08.07.2026).

Statt die notwendigen Schritte einzuleiten sorgte die Bundesministerin jedoch mit dem Plan für Schlagzeilen, bis zu 500 Häftlinge vorzeitig in Österreich entlassen zu wollen. In einem Interview erklärte sie sogar ausdrücklich „möglichst frühzeitig“ Häftlinge entlassen zu wollen.²⁶ Betroffen wären nach ihren eigenen Angaben eng definierte Gruppen von Insassen mit kurzen Freiheitsstrafen gewesen, die sich im Vollzug bewährt hätten; diskutiert wurden Zeiträume von eineinhalb bis drei Monaten vor dem regulären Haftende. Auch wenn die Ministerin dies später relativierte und von keiner Generalamnestie sprechen wollte, bleibt die politische Stoßrichtung dieselbe: Die Entlastung überfüllter Haftanstalten sollte nicht primär über konsequente Strukturmaßnahmen, Härte gegen Kriminalität und konsequente Außerlandesbringung erreicht werden, sondern über Haftverkürzungen und Lockerungen.²⁷

Zwar wurde mittlerweile das Modell der Abschiebung direkt aus der Haft angekündigt; zugleich zeigen die vorliegenden Zahlen aber, dass das tatsächliche Volumen solcher Überstellungen weiterhin überschaubar ist: 208 im Vorjahr und 80 bis dato im Jahr 2026.²⁸ Wer in dieser Lage ernsthaft entlasten will, muss Ergebnisse liefern und nicht bloß Absichtserklärungen.

VIII. Bezirksgerichtsschließungen als Angriff auf den ländlichen Raum

Zumal die Justiz insgesamt personell und organisatorisch unter Druck steht, prüft das Justizministerium die Schließung bzw. Zusammenlegung von bis zu 16 Bezirksgerichten. Als offizielles Motiv werden Einsparungen rund drei Millionen Euro jährlich genannt – ein vergleichsweise geringer Preis für eine niederschwellig zugängliche Justiz. Für die betroffene Bevölkerung bedeuten Einsparungen in diesem Bereich jedoch längere Wege, schlechtere Erreichbarkeit und einen weiteren Rückzug staatlicher Infrastruktur aus den Regionen. Gerade ältere Menschen, Familien und Bürger mit eingeschränkter Mobilität werden die Folgen einer solchen Politik unmittelbar spüren.²⁹

Besonders brisant ist die Lage in Kärnten und im Burgenland. Dort lösten die Pläne massiven politischen Widerstand aus. Im Burgenland wurde eine Rücktrittsaufforderung gegen die Ministerin erhoben. In Kärnten wurde die Kommunikation des Ressorts als chaotisch kritisiert, zugleich entstand der Eindruck, dass unter dem Deckmantel einer Strukturreform ideologisch motivierte Verschiebungen im Bereich der zweisprachigen Gerichtsbarkeit vorbereitet werden.³⁰

²⁶ <https://www.diepresse.com/34502735/justizministerin-sporrer-moechte-haeftlinge-moeglichst-fruehzeitig?shem=dsdf,sharefoc,agadiscover,sh/x/discover/m1/4> (eingesehen: 08.07.2026)

²⁷ <https://www.heute.at/s/volle-gefaengnisse-das-hat-ministerin-nun-wirklich-vor-120214427> (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.diepresse.com/34502735/justizministerin-sporrer-moechte-haeftlinge-moeglichst-fruehzeitig?shem=dsdf,sharefoc,agadiscover,sh/x/discover/m1/4> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/politik/inland/anna-sporrer-zib2-gefaengnisse-haftentlassung-strafovollzug/403172520> (eingesehen: 08.07.2026).

²⁸ <https://www.heute.at/s/gegen-ihren-willen-abschiebung-direkt-aus-haft-kommt-120213492> (eingesehen: 08.07.2026)

²⁹ <https://www.krone.at/4180383> (eingesehen: 08.07.2026); https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260617_OTS0093/fpoe-stefan-geplante-gerichtsschliessungen-sind-ein-frontalangriff-auf-den-laendlichen-raum (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/chronik/burgenland/sporrruecktritt-landtag-burgenland-bezirksgerichte-haftentlassung-antrag/403172306> (eingesehen: 08.07.2026).

³⁰ <https://www.fpoe-ktn.at/reader-news/chaos-rund-um-zweisprachige-bezirksgerichte-in-kaernten> (eingesehen: 08.07.2026); <https://kurier.at/chronik/burgenland/sporrruecktritt-landtag-burgenland-bezirksgerichte-haftentlassung-antrag/403172306> (eingesehen: 08.07.2026).

IX. Teures Prestigeprojekt Bundesstaatsanwaltschaft ist „Unsinn“

Während im Strafvollzug, bei Gerichten und Staatsanwaltschaften elementare Personal- und Strukturprobleme ungelöst bleiben, trieb die Ministerin mit großem politischem Aufwand die Einrichtung einer Bundesstaatsanwaltschaft voran. Dieses Projekt sollte laut öffentlichen Angaben rund neun Millionen Euro jährlich kosten und mehr als 40 Bedienstete umfassen.³¹ Die Ministerin selbst sprach davon, dass die reinen Mehrkosten etwa drei Millionen Euro pro Jahr betragen würden.³²

Gerade dieses Projekt ist jedoch in der Justiz selbst massiv umstritten. Vertreter der Staatsanwälte und Richter kritisierten in über 800(!) zum Teil vernichtenden Stellungnahmen die vorgesehene Bestellungskommission sowie die parlamentarische Wahl der künftigen Bundesstaatsanwälte; es bestehe sogar die Gefahr, dass die Anscheinssproblematik politischer Einflussnahme verschärft werde.³³ Die Generalprokuratur erklärte, der Regierungsentwurf verfehle sein wesentlichstes Ziel und sei in zentralen Punkten „systemwidrig“; zudem drohe durch die kurze Amtsdauer eine regelmäßige „Vernichtung von Fachwissen“.³⁴

Auch OGH-Präsident Georg Kodek übte vernichtende Kritik und empfahl der Bundesregierung, bei diesem Projekt „zurück an den Start“ zu gehen; wörtlich hielt er fest: „Das wird so nichts mehr.“ Auch aus Richter- und Staatsanwaltskreisen wird davor gewarnt, dass der Regierungsentwurf keine Verbesserung, sondern eine neue Form der Verpolitisierung schaffen könnte.³⁵ Statt Personal, Vollzug, Opferschutz und psychiatrische Versorgung zu priorisieren, bindet die Ministerin also wertvolle politische und budgetäre Ressourcen in einem Projekt, dessen Nutzen selbst in der Justiz massiv in Frage gestellt wird. Georg Kodek, Präsident des Obersten Gerichtshofs, fand dazu deutliche Worte:

„Ich bin froh, dass viele andere die Kritik, die ich von Anfang an geäußert habe, teilen und dieser Unsinn in letzter Minute gestoppt werden konnte ... Die Gesamtkonstruktion war verfehlt.“³⁶

³¹ <https://www.heute.at/s/rot-pinkes-prestigeprojekt-kostet-jaehrlich-9-millionen-120216215> (eingesehen: 08.07.2026)

³² <https://www.diepresse.com/34502735/justizministerin-sporrer-moechte-haeftlinge-moeglichst-fruehzeitig?shem=dsdf,sharefoc,agadiscover,dl,,sh/x/discover/m1/4> (eingesehen: 08.07.2026); https://unzensuriert.at/336492-kein-sparen-beim-staatsapparat-neue-behoerde-kostet-neun-millionen-euro/?fbclid=IwY2xjawS8P55leHRuA2FibQlXMQBzcnRjBmFwcF9pZBAyMjlwMzIxNzg4MjA-wODkyAAEe_7yj-FYUlsjeVeaB_zNYvSyEj5ALAYk2nmFGw5Vs1pbRysOVRZwvOaS-Njno_aem_n7vpGKkbF0FWkklL5xtAlA (eingesehen: 08.07.2026).

³³ <https://www.heute.at/s/experten-zerlegen-neueste-justiz-plaene-der-regierung-120216128> (eingesehen: 08.07.2026)

³⁴ <https://www.profil.at/oesterreich/bundesstaatsanwaltschaft-harte-kritik-aus-justiz-an-regierungsplaenen/403173352> (eingesehen: 08.07.2026)

³⁵ <https://www.krone.at/4200785> (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.krone.at/4199234> (eingesehen: 08.07.2026).

³⁶ <https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/ogh-pr%C3%A4sident-froh-dass-unsinn-gestoppt-wurde/ar-AA2bTNqB?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=6aa1a3d2dba04a5d98e601bd33b6db49&ei=8https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/ogh-pr%C3%A4sident-froh-dass-unsinn-gestoppt-wurde/ar-AA2bTNqB?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=6aa1a3d2dba04a5d98e601bd33b6db49&ei=8> (eingesehen: 16.09.2026)

X. Migrantische Jugendkriminalität

Auch beim Thema Jugendkriminalität setzt die Bundesministerin für Justiz auf einen unreflektierten Kurs der Verharmlosung. Ihre Aussage, „Kinder gehören erzogen, nicht eingesperrt“, steht exemplarisch für einen Zugang, der gegenüber kriminellen Jugendbanden auf Nachsicht statt auf Abschreckung setzt. Gerade in einer Situation steigender Gewaltdelinquenz durch jugendliche Tätergruppen ist das ein falsches und gefährliches Signal.³⁷

Erst kürzlich ereignete sich in einem Wiener Park in Favoriten abermals eine Messerattacke durch einen strafunmündigen 12-jährigen Syrer, welcher auf drei Jugendliche eingestochen und diese zum Teil lebensgefährlich verletzt haben soll. Integrationsministerin Claudia Bauer sprach sich daraufhin bemerkenswerterweise für eine Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre aus, nachdem ihre Partei einen dementsprechenden Entschließungsantrag der Freiheitlichen im Februar 2025 noch abgelehnt hatte.³⁸ Bauer argumentierte gegenüber der Tageszeitung „Heute“ wie folgt:

*„Ich halte es mittlerweile für fahrlässig, dass wir hier die Gesetze nicht anpassen. Wir gefährden damit unschuldige Mitschülerinnen und Mitschüler, die sich täglich ein Klassenzimmer mit schweren Gewalttätern teilen müssen“.*³⁹

Kurz darauf wurde zudem bekannt, dass ein 13-jähriger Schüler aus Linz von einem 15-jährigen Syrer und einem Afghanen offenbar über Monate erpresst und mit dem Tod bedroht wurde:

*„Nachdem ein weiterer Erpressungsversuch am Linzer Grünmarkt scheiterte, sollen die beiden 15-Jährigen gemeinsam mit einem 16-Jährigen aus Linz zur Wohnadresse des Opfers gegangen sein. Dort soll der 16-Jährige den 13-Jährigen mehrfach ins Gesicht geschlagen und ihn getreten haben. Anschließend sollen die drei das Opfer aufgefordert haben, Bargeld aus der Wohnung seiner Eltern zu holen.“*⁴⁰

Diese geschilderten Fälle sind nicht nur exemplarisch, sie sind symptomatisch.

XI. Systemische Suchtmittelkriminalität zum Missbrauch junger Mädchen

Die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage betreffend „Drogenmissbrauch von Jugendlichen – Maßnahmen und Entwicklungen“ (3589/J)⁴¹ aus dem Dezember 2025 enthüllt, dass bundesweit 152.727 (!) Fälle des persönlichen Drogenmissbrauchs

³⁷ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260616_OTS0124/fpoe-schnedlitz-verlierer-ampel-will-kriminelle-jugendgangs-erziehen-anstatt-sie-die-haerte-des-gesetzes-spueren-zu-lassen (eingesehen: 08.07.2026)

³⁸ <https://www.heute.at/s/nach-messer-attacke-fpoe-geht-auf-ministerin-los-120221914> (eingesehen: 13.07.2026)

³⁹ <https://www.heute.at/s/messer-attacke-in-wien-ministerin-platzt-der-kragen-120221756> (eingesehen: 13.07.2026)

⁴⁰ <https://ooe.orf.at/stories/3362350/> (13.07.2026)

⁴¹ Anfrage: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/3589>

Beantwortung: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/3123> (aufgerufen am 21.01.2026)

für den Zeitraum 2020-2024 statistisch erfasst wurden.⁴² Im Schnitt geht es um rund 84 Fällen pro Tag in Österreich. Besonders kritisch ist, dass 19.983 dieser Fälle 10-18-jährige Menschen betreffen, wobei die Dunkelziffer mit Sicherheit noch höher ausfällt:

„Neue Zahlen der Wiener Berufsrettung zeigen einen klaren Anstieg der Rettungseinsätze mit Verdacht auf Drogenvergiftung bei Minderjährigen. 2025 gab es 372 derartige Einsätze in Wien – zum Vergleich: Im Jahr davor waren es 297. Auch die Sucht- und Drogenkoordination Wien meldet mehr Fälle von Krankenhausaufenthalten von Minderjährigen, die Drogen konsumiert haben. 2025 wurde in 164 Fällen ein Sozialarbeiter ins Krankenhaus gerufen. 2024 waren es 120. 2023 nur 88 Fälle.“⁴³

Was diese Zahlen jedoch nicht offenbaren, sind grausamste Verbrechen, welche sich bedauerlicherweise oftmals an den Drogenmissbrauch anschließen – man denke nur an den schreckliche Fall Leonie aus dem Juni 2021. Insbesondere junge Frauen werden mittlerweile hierzulande gezielt von ausländischen Staatsbürgern durch Drogen gefügig gemacht und in weiterer Folge vergewaltigt oder ermordet.

Belinda Plattner, Leiterin der Kinder- und Jugendpsychiatrie Salzburg, bestätigt, dass Mitglieder der Drogenszene planmäßig junge Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren ansprechen:

„Die Mädchen erzählen, dass sie am Salzburger Hauptbahnhof von arabischstämmigen jungen Männern angesprochen werden, die ihnen Drogen anbieten und noch mehr Drogen in Wien versprechen. Und viele dieser Mädchen fahren dann auch mit.“⁴⁴

In der Folge komme es oft zu sexuellem Missbrauch oder sogar zum Tode.

XII. Fazit

In der Gesamtschau ergibt sich ein klares Bild – das Justizministerium steckt in einer fundamentalen Krise und Bundesministerin Sporrer kann weder Impulse für echte und dringend benötigte Reformen geben noch klare Prioritäten setzen, um einen konsequenten Vollzug in ihrer politischen Verantwortung sicherzustellen.

Die öffentlich bekannte Kritik der Volksanwaltschaft und weiterer Fachleute wurde nicht rechtzeitig berücksichtigt oder schlichtweg ignoriert.⁴⁵ Es verwundert angesichts dessen nicht, dass selbst ein von der Ministerin initiiertes Expertenbericht von einem „absolut vermeidbaren“ Todesfall in der Causa Hirtenberg spricht und massive strukturelle Defizite im Justizressort kritisiert.⁴⁶ Die Justizwache arbeitet ungeachtet dessen unter

⁴² https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/3123/imfname_1728309.pdf (aufgerufen am 21.01.2026)

⁴³ <https://orf.at/stories/3416237/> (aufgerufen am 21.01.2026)

⁴⁴ <https://orf.at/stories/3416237/> (aufgerufen am 21.01.2026)

⁴⁵ <https://www.heute.at/s/toter-haeftling-volksanwaltschaft-warnte-jahrelang-120158959> (eingesehen: 08.07.2026)

⁴⁶ <https://www.heute.at/s/absolut-vermeidbar-experten-rechnen-mit-justiz-ab-120219092> (eingesehen: 08.07.2026)

Personalnot und Überstundenbergen.⁴⁷ Statt strukturelle Reformen zu forcieren, will die Ministerin eine Politik frühzeitiger Haftentlassungen umsetzen und scheitert am breiten Widerstand der Öffentlichkeit.⁴⁸ Ungeachtet dessen widmet man erhebliche politische Energie teuren Prestige- und Symbolprojekten, die letztlich nur weitere Posten ohne Gestaltungsmöglichkeit bedeuten.⁴⁹ Im Ergebnis führt der Personalmangel zu einer Reduktion Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher, während die steigenden Kosten für externe medizinische Leistungen und die massive Überbelegung das System finanziell und organisatorisch an den Abgrund führen.

Wer in einer derart angespannten Lage nicht die notwendigen Reformschritte setzt, den Strafvollzug entlastet, die Empfehlungen der Kontrollorgane umsetzt und die eigenen Bediensteten stärkt, sondern sich in Nebenschauplätzen, Kommissionen und ideologischen Projekten verliert, verfehlt die Verantwortung einer Justizministerin.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Bundesräte an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Welche konkreten Empfehlungen der Volksanwaltschaft zu psychisch beeinträchtigten Insassen, besonders gesicherten Hafträumen und Suizidprävention wurden seit 1. Jänner 2020 vollständig umgesetzt, welche teilweise umgesetzt und welche bis heute nicht umgesetzt?
2. In welchen Justizanstalten bestehen mit Stichtag der Anfrage noch besonders gesicherte Hafträume mit Betonliegeflächen oder vergleichbaren harten Fixeinbauten?
3. Welche schriftlichen Weisungen, Erlässe oder Rundschreiben wurden seit dem Vorfall in Hirtenberg zum Umgang mit psychisch beeinträchtigten Insassen erlassen?
 - a. Inwieweit haben Sie sichergestellt, dass diese Weisungen, Erlässe oder Rundschreiben auch umgesetzt werden?
4. Wie viele psychisch beeinträchtigte Insassen konnten seit 1. Jänner 2025 mangels verfügbarer Plätze nicht binnen 72 Stunden in eine geeignete psychiatrische Einrichtung oder spezialisierte Abteilung überstellt werden?
5. Wie viele zusätzliche psychiatrische bzw. akutpsychiatrische Haft- oder Behandlungsplätze wurden seit Ihrem Amtsantritt geschaffen?

⁴⁷ <https://www.krone.at/4145537> (eingesehen: 08.07.2026)

⁴⁸ <https://www.diepresse.com/34502735/justizministerin-sporrer-moechte-haeftlinge-moeglichst-fruehzeitig?shem=dsdf,sharefoc,agadiscover,sh/x/discover/m1/4> (eingesehen: 08.07.2026)

⁴⁹ https://unzensuriert.at/336492-kein-sparen-beim-staatsapparat-neue-behoerde-kostet-neun-millionen-euro/?fbclid=IwY2xjawS8P55leHRuA2FlbQlxMQBzcnRjBmFwcF9pZBAyMjIwMzIxNzg4MjA-wODkyAAEe_7yj-FYulSjeVeaB_zNYvSyEj5ALAYk2nmFGw5Vs1pbRysOVRZwvOaS-Njno_aem_n7vpGKkbF0FWkhhL5xtAIA (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.heute.at/s/rot-pinkes-prestigeprojekt-kostet-jaehrlich-9-millionen-120216215> (eingesehen: 08.07.2026); <https://exxpress.at/politik/haben-die-nichts-anderes-zu-tun-justizministerium-prueft-den-tanzschein/> (eingesehen: 08.07.2026); <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2026/oesterreich-will-gefaehrung-des-ansehens-der-eu-unter-strafe-stellen/> (eingesehen: 08.07.2026); <https://www.falter.at/morgen/20260403/wie-die-bundesregierung-den-spionageparagrafen-verschaerfen-will> (eingesehen: 08.07.2026).

- a. Wie viele weitere sind bis 31. Dezember 2026 budgetiert bzw. verbindlich geplant?
6. Wie viele regelmäßig für Strafgerichte tätige Gutachter (Sachverständige für Spezialgebiet Psychiatrische Kriminalprognostik) sind in Österreich tätig?
 - a. Wie viele dieser Gutachter sind ausgebildete Kinderpsychiater?
7. Wie viele Fälle sind Ihrem Ressort für den Zeitraum 2015 bis 2025 bekannt, in denen psychiatrische Gutachten im strafrechtlichen Verfahren nachträglich als fehlerhaft beurteilt, die darin gestellten Diagnosen revidiert oder infolge solcher Gutachten erfolgte Unterbringungen nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 StGB nachträglich als nicht gerechtfertigt beurteilt wurden?
8. Wie viele ausländische Staatsangehörige befinden sich im Maßnahmenvollzug? (aufgeschlüsselt nach § 21 Abs. 1 und Abs 2 StGB sowie Ort der Unterbringung)
9. Wie viele Personen mit schwerwiegender und nachhaltiger psychischer Störung gem. § 21 Abs. 1 StGB befinden sich in Unterbringung für zurechnungsfähige Personen mit „schwerwiegender und nachhaltiger psychischer Störung“ gem. § 21 Abs. 2 StGB?
10. Welcher Personalschlüssel ist für das FTZ Wien-Mittersteig geplant, welches in ein FTZ für nach § 21 Abs. 1 StGB kategorisierte Personen umgewandelt werden soll?
11. Ist im FTZ Wien-Mittersteig eine gemeinsame Beherbergung von Personen mit schwerwiegender und nachhaltiger psychischer Störung gem. § 21 Abs. 1 und Abs. 2 StGB geplant?
12. Wie viele Bedienstete der Justizwache stehen mit Stichtag der Anfrage tatsächlich im aktiven Exekutivdienst zur Verfügung, und wie viele befinden sich in Karenz, Langzeitkrankenstand oder sonstigen längerfristigen Abwesenheiten (jeweils aufgliedert nach Justizanstalt)?
13. Wie viele offene Planstellen bestehen in Ihrem Ressort derzeit im Exekutivdienst (aufgliedert nach Justizanstalt und Funktionsgruppe)?
14. Wie viele Überstunden fielen in den Jahren 2023, 2024, 2025 sowie im bisherigen Jahr 2026 im Bereich der Justizwache an (jeweils monatlich und nach Justizanstalt aufgliedert)?
15. Wie viele Grundausbildungslehrgänge für die Justizwache wurden seit Amtsantritt der Bundesministerin begonnen?
 - a. Wie viele Teilnehmer traten ein?
 - b. Wie viele Teilnehmer schlossen erfolgreich ab?
 - c. Wie viele Teilnehmer schieden vorzeitig aus?
16. Wie viele zusätzliche richterliche Planstellen und wie viele zusätzliche staatsanwaltliche Planstellen wurden vom Bundesministerium für Justiz für die Budgetjahre 2027 und 2028 intern angefordert?
 - a. Wann erfolgte diese Anforderung jeweils?
 - b. Mit welcher Begründung wurden diese zusätzlichen Planstellen gegebenfalls nicht bewilligt?

17. Wie hoch waren Belagskapazität und tatsächlicher Belag im Straf- und Maßnahmenvollzug seit Amtsantritt der Bundesministerin (jeweils quartalsweise dargestellt)?
18. Für welche konkreten Deliktgruppen, Strafhöhen und Fallkonstellationen war das von der Bundesministerin öffentlich angekündigte Modell „vorzeitiger Haftentlassungen“ bzw. bedingter Entlassungen vorgesehen?
 - a. Wie viele Personen wären in jeder dieser Gruppen jeweils betroffen gewesen?
19. Welche internen Konzepte, Entwürfe, Erlassentwürfe oder Gesetzesvorarbeiten zu vorzeitigen Haftentlassungen, bedingten Entlassungen oder Alternativen zu kurzen Freiheitsstrafen wurden seit 1. Jänner 2026 im Bundesministerium für Justiz erstellt?
20. Wie viele Strafgefangene verfügen derzeit über ein rechtskräftiges Einreise- oder Aufenthaltsverbot (aufgegliedert nach EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen)?
 - a. Aus welchen Gründen werden auch Personen im Maßnahmenvollzug resozialisiert gegen die ein fremdenpolizeiliches Aufenthaltsverbot besteht und von denen anzunehmen ist, dass Sie nach ihrer Entlassung Österreich zu verlassen haben?
21. Welche konkreten organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen setzt das Bundesministerium für Justiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres, um sicherzustellen, dass ausländische Straftäter nach Verbüßung ihrer Strafe – soweit rechtlich zulässig – außer Landes gebracht werden?
22. Wie viele Überstellungen bzw. Außerlandesbringungen direkt aus der Haft wurden in den Jahren 2024, 2025 und 2026 durchgeführt (aufgegliedert nach Ziel-land, Staatsangehörigkeit, Rechtsgrundlage und Deliktgruppe)?
23. Welche bilateralen oder multilateralen Abkommen zur Haftverbüßung im Heimatstaat oder zur Überstellung verurteilter Straftäter wurden seit Ihrem Amtsantritt verhandelt, abgeschlossen oder novelliert?
24. Welche personellen und budgetären Ressourcen wurden seit Ihrem Amtsantritt für die Vorbereitung der Bundesstaatsanwaltschaft aufgewendet (aufgegliedert nach internen Personalkosten, externen Leistungen, Gutachten, IT, Infrastruktur und sonstigem Sachaufwand)?
25. Wie viele Planstellen sollen für die Bundesstaatsanwaltschaft dauerhaft geschaffen oder umgeschichtet werden (aufgegliedert nach Funktionsgruppe)?
 - a. Mit welchen jährlichen Gesamtkosten ist dabei zu rechnen (aufgeschlüsselt nach Netto-Mehrauszahlungen und sonstigen Kosten)?
26. Welche Projekte oder Maßnahmen im Bereich Strafvollzug, Justizwache, psychiatrische Versorgung, Opferschutz oder Gerichtsorganisation wurden seit 1. Jänner 2025 aus budgetären Gründen verschoben, reduziert oder nicht umgesetzt?
27. Welche Bezirksgerichte werden derzeit vom Bundesministerium für Justiz konkret auf Schließung, Zusammenlegung oder sonstige strukturelle Veränderung geprüft?

- a. Welche jährlichen Einsparungen werden für jeden einzelnen Standort jeweils angesetzt?
- 28. Welche Konzepte liegen von Seiten des Justizministeriums vor, um die steigende Anzahl von (frühzeitigen) Entlassenen bei gleichzeitiger Mittelkürzung im vorliegenden Doppelbudget für den Verein Neustart zu bewältigen?
- 29. Ist eine Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre, wie von ihrer Ministerkollegin Claudia Bauer gefordert, in Planung?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 30. Wie viele Personen wurden in den Jahren 2015 bis 2025 wegen eines Suchtmitteldelikts nach dem Suchtmittelgesetz (SMG) rechtskräftig verurteilt (aufgegliedert nach Kalenderjahr)?
- 31. Wie hat sich die rechnerische Relation zwischen der Zahl der polizeilichen Suchtmittelanzeigen und der Zahl der gerichtlichen SMG-Verurteilungen in den Jahren 2015 bis 2025 entwickelt?
- 32. Wie erklärt das Bundesministerium für Justiz die zunehmende Diskrepanz zwischen hohem Anzeigenaufkommen und rückläufigen Verurteilungszahlen?
- 33. Wie viele Strafverfahren wegen eines SMG-Delikts wurden in den Jahren 2015 bis 2025 durch die Staatsanwaltschaften jeweils auf welche Art erledigt (aufgegliedert nach Kalenderjahr und Erledigungsart, insbesondere Anklage, Diversion, Einstellung sowie vorläufige Zurücklegung der Anzeige nach § 35 SMG)?
- 34. In wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2015 bis 2025 von der vorläufigen Zurücklegung der Anzeige nach § 35 SMG („Therapie statt Strafe“) Gebrauch gemacht?
 - a. Welchen Anteil an sämtlichen staatsanwaltschaftlichen Erledigungen von SMG-Verfahren machte diese Erledigungsart jeweils aus?
- 35. Wie viele der wegen eines SMG-Delikts verurteilten Personen besaßen in den Jahren 2015 bis 2025 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft?
 - a. Wie hoch war der Anteil ausländischer Staatsangehöriger jeweils gesondert bei den Tatbeständen nach §§ 28, 28a SMG (aufgegliedert nach Kalenderjahr)?
 - b. Wie verteilen sich die wegen eines SMG-Delikts verurteilten ausländischen Staatsangehörigen in den Jahren 2015 bis 2025 auf die einzelnen Herkunftsstaaten (aufgegliedert nach Kalenderjahr und Herkunftsstaat)?
- 36. Ist das Bundesministerium für Justiz bereit, für die wegen eines SMG-Delikts verurteilten Personen der Jahre 2015 bis 2025 eine Sonderauswertung nach dem Merkmal „Migrationshintergrund“ (im Sinne der Definition der STATISTIK AUSTRIA) in Auftrag zu geben, um die durch die alleinige Erfassung der Staatsbürgerschaft entstehende Datenlücke zu schließen?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
- 37. Welche konkreten Maßnahmen setzt das Bundesministerium für Justiz, um sicherzustellen, dass verurteilte ausländische Suchtgifthändler nach Verbüßung ihrer Strafe konsequent außer Landes gebracht werden?

38. Wie viele der in den Jahren 2015 bis 2025 wegen §§ 28, 28a SMG verurteilten ausländischen Staatsangehörigen wurden tatsächlich außer Landes gebracht?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage gemäß §61 Abs 3 GO-BR dringlich zu behandeln und dem Erstanfragesteller Gelegenheit zur mündlichen Begründung zu geben.


(SPANRING)


(JÄCKEL)


[AMHOF]


(GRADWOHL)


(KARACSONY)